

Vertreibung durch Landraub – Was tun, wenn das Land knapp ist?

Weltweit wachsender Konsum, Energiehunger und damit wachsender Flächenverbrauch steigern den ökonomischen Wert von Land im globalen Maßstab und lassen es zur Handels- und Spekulationsware des 21. Jahrhunderts werden. Das Phänomen der Landvergabe an Investoren ohne Berücksichtigung menschenrechtlicher Standards und Verfahren ist als Landgrabbing bekannt. Doch ohne Zugang zu Land und Wasser ist ein Leben in Würde nicht möglich.



Im argentinischen Chaco, einem der artenreichsten Lebensräume der Erde, machen Vertreter des Agrobusiness den indigenen Völkern ihr Land streitig.

Laut der internationalen Land-Matrix-Initiative sind mittlerweile mehr als 62 Millionen Hektar fruchtbare Ackerfläche weltweit an Investoren vergeben oder in Aussicht gestellt. Dies entspricht etwa einem Drittel des Ackerlandes in der Europäischen Union. Die Dunkelziffer der verdeckten Landdeals ist jedoch hoch, sodass sich vermutlich noch Millionen Hektar mehr in Investorenhand befinden.

Rund 70 Prozent der Landdeals spielen sich in Subsahara-Afrika ab, in Ländern wie Äthiopien, Mosambik und Sudan. Die Investoren sind ganz unterschiedlich: Staaten auf der Suche nach

Ackerfläche in anderen Ländern, europäische und US-amerikanische Banken mit ihren Investmentfonds sowie multinationale Unternehmen, Agrarkonzerne und Handelsfirmen. Dazu zählen beispielsweise die deutsche Neumann Gruppe in Uganda, das malaysische Unternehmen Sime Darby in Sierra Leone, Liberia und Kambodscha oder die indische Karuturi Global Ltd. in Äthiopien sowie staatliche Konzerne beispielsweise aus Ländern wie China, Katar oder den Vereinigten Arabischen Emiraten. Es gehören aber auch nationale Eliten und Privatunternehmer dazu, die sich große Landflächen mit Unterstützung der Regierungen aneignen.

Die Folgen dieser Landnahme sind oft starke soziale Umbrüche, die ein hohes Konfliktpotential bergen. Die auf diesem Land lebende Bevölkerung wird vielfach zu Migration und Flucht gezwungen. Studien wie die der Economics of Land Degradation-Initiative 2015 belegen, dass bereits 1,4 Milliarden Menschen auf kaum fruchtbaren Böden leben. Da für viele von ihnen Landwirtschaft die Haupteinnahmequelle ist, gefährdet dies ihre Existenz. Der Verlust an Bodenfruchtbarkeit, auch als Bodendegradation bezeichnet, wird Schätzungen zufolge in den kommenden zehn Jahren gut 50 Millionen Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen, weil sie nicht mehr ausreichend Nahrung für sich und ihre Familien produzieren können.

Die beteiligten Regierungen versagen, wenn es um den Schutz der lokalen Bevölkerung geht. Neben dem Verlust der fruchtbaren Flächen werden auch tausende Menschen umgesiedelt oder vertrieben, weil in bestehende Nutzungs- und Eigentumsverhältnisse eingegriffen wird, um Land an Bergbau-Unternehmen oder für Infrastrukturprojekte zur Energieerzeugung zu vergeben. Auch die deutsche Rohstoff-, Energie-, Handels- und Wirtschaftspolitik hat so mit der Landnahme im globalen Süden zu tun und führt weltweit zu Vertreibung und Flucht.

Was tut Brot für die Welt?

Brot für die Welt untersucht und dokumentiert gemeinsam mit seinen lokalen Partnerorganisationen Fälle von Landraub und dessen Auswirkungen. Auf der Grundlage dieser Beobachtungen formulieren wir Forderungen, die wir an Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft vor Ort und in Deutschland richten. Außerdem unterstützen wir die Vernetzung von Partnerorganisationen aus Asien, Lateinamerika, Osteuropa und Afrika, damit sie ihre Erfahrungen im Einsatz gegen unrechtmäßige Landaneignungen durch Investoren und gegen die Zunahme von Gewalt und Unterdrückung austauschen können.

Vielfach werden lokale Initiativen, die sich gegen Großinvestitionen und damit verbundene Vertreibungen zur Wehr setzen, kriminalisiert und unter Druck gesetzt. Brot für die Welt unterstützt Landrechtsverteidigerinnen und Landrechtsverteidiger in ihrer Arbeit und setzt sich, häufig im Verbund mit anderen Partnerorganisationen, für ihren Schutz und den Erhalt, beziehungsweise die Schaffung zivilgesellschaftlicher Freiräume zur politischen Arbeit ein.

Außerdem tritt Brot für die Welt für rechtlich verbindliche internationale Regelungen ein, die Landraub und Vertreibung verhindern und von Regierungen und Investoren menschenrechtliche Standards einfordern. Dazu gehören auch die Freiwilligen Leitlinien der Welternährungsorganisation FAO zur verantwortungsvollen Verwaltung von Land, Forst und Fischgründen (VGGT).

Landraub in Sierra Leone

In Sierra Leone hat das Schweizer Unternehmen ADDAX Biofuels seit 2008 große Ackerflächen langfristig gepachtet, um auf einer Fläche von 10.000 Hektar Bioethanol für den europäischen Markt zu produzieren. Diese Flächen wurden vorher zum größten Teil von den umliegenden Dorfgemeinschaften bewirtschaftet, die Wasserquellen dienten der Trinkwasserversorgung und Bewässerung.

Durch das Addax-Projekt wurden Flächen belegt, die vorher zur Lebensmittelerzeugung dienten, und der Zugang zu Wasser behindert. Gleichzeitig wurden nur wenige Arbeitsplätze geschaffen. Die Einkommenslage hat sich für die Mehrzahl der Anwohnenden nicht verbessert, die Dorfbevölkerung ist gespalten in einige, die Hoffnung in das Projekt setzen, und andere, die ihre Lebensgrundlage schwinden und die Ernährung der Familie nicht gesichert sehen. Das Netzwerk lokaler Partnerorganisationen Sierra Leone Network on the Right to Food (SiLNoRF) sucht deswegen den Dialog mit Addax, aufflammende Konflikte konstruktiv zu lösen, Gewalt zu mindern und so vor Vertreibung und Flucht zu schützen. Die jährlichen Monitoring-Berichte zu dem Projekt werden online veröffentlicht: www.brotfueralle.ch/index.php?id=2356.

Das ADDAX-Vorhaben in Sierra Leone wird von verschiedenen Entwicklungsbanken unterstützt, unter anderem auch von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft/DEG. Zivilgesellschaftliches Monitoring und die Unterstützung der Partner in ihrer Advocacyarbeit gegenüber dem Unternehmen wie auch gegenüber der DEG durch Brot für die Welt sind deswegen wichtig.

Ziel ist es, bei dem Unternehmen und der Regierung ein Bewusstsein dafür zu schaffen, welche negativen Nebeneffekte Landinvestition haben können und wie diese aufgefangen werden können. So dürfen ansässige Bevölkerungsgruppen nicht unfreiwillig umgesiedelt oder gewaltsam vertrieben werden. Wasserläufe müssen wieder rehabilitiert und für die lokale Bevölkerung zugänglich gemacht werden, wenn sie bei der Flächenbearbeitung zerstört oder

verschmutzt wurden. Auch müssen sichere Wege für die Kinder eingerichtet werden, wenn sie durch die neuen Straßen zu den Zuckerrohrfeldern und Fahrzeuge auf ihrem Fußweg zur Schule gefährdet sind.

Dabei ist von zentraler Bedeutung, gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung, unter aktiver, freier und informierter Beteiligung von marginalisierten Gruppen, Indigenen und Frauen, Projekte und die dazu notwendigen Rahmenbedingungen zu planen und durchzuführen. Dabei ist auf nachhaltige Verbesserungen der Lebenssituation hinzuwirken, Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten langfristiger Art, nicht nur saisonal und unter prekären Bedingungen zu schaffen, Ressourcen und Umwelt nachhaltig zu schonen und gleichzeitig ausreichend Zeit für Anpassung und Möglichkeiten eines sozialen Wandels einzuräumen.

Auch in anderen Ländern wehren sich Partnerorganisationen von Brot für die Welt gegen den Ausverkauf ihres Landes und setzen sich auf verschiedenen Ebenen gegen den Landraub ein (s. Brot für die Welt (2014): Landnahme und ihre Auswirkungen auf Frieden, Sicherheit und Stabilität. Analyse 43).

Was fordert Brot die Welt?

Negative Auswirkungen von Landinvestitionen auf den Zugang zu Land müssen in allen Politikbereichen vermieden und Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden.

- Die deutsche Rohstoff-, Wirtschafts-, Klima-, Energie-, Handels und Agrarpolitik sind auf ihre negativen Effekte auf Land und Wasser und deren Verfügbarkeit für lokale Bevölkerungsgruppen hin zu überprüfen. Deutsche Politik darf nicht zu gewaltsamen Vertreibungen von Land und Zerstörung der Lebensgrundlage lokaler Gruppen beitragen.
- Unternehmen, die sich an Großprojekten beteiligen, in denen Menschen unfreiwillig oder gewaltsam von ihrem Land vertreiben werden, sind zur Rechenschaft zu ziehen.
- Öffentliche Fördergelder dürfen nicht in Großprojekte fließen, in denen in Land investiert wird. Dagegen müssen kleinbäuerliche Strukturen und ökologisch wie sozial nachhal-

tige Wirtschaftsweisen im ländlichen Raum gefördert werden. Indigene und traditionelle Lebensweisen sowie der Schutz von Frauen müssen besonders berücksichtigt und in die Politik- wie Programmgestaltung einbezogen werden, um langfristig das Leben auf dem Land zu ermöglichen und Flucht und Vertreibung zu verhindern.

Die Lebensperspektiven der ländlichen Bevölkerung müssen bei Landdeals berücksichtigt werden.

- Landpolitik muss im Sinne der zivilen Krisenprävention und Vermeidung von Gewalt, Vertreibung und Flucht systematisch in den Politikdialog sowie frühzeitig in internationale Friedensbemühungen aufgenommen werden. Das heißt, sich für eine gerechte Landpolitik einzusetzen, die vor allem Lebenschancen für in Armut lebende und marginalisierte Bevölkerungsgruppen unterstützt. Und es heißt, durch verantwortungsvolles Management der natürlichen Ressourcen Friedenspotentiale zu nutzen und sich für menschenrechtskonformes Agieren von Investoren einzusetzen. Des Weiteren müssen unfreiwillige Umsiedlung und gewaltsame Vertreibung der lokalen Bevölkerung und die Konzentration großer Landflächen in den Händen weniger unterbunden werden.
- Zivilgesellschaftliche Strukturen und deren Beteiligung an Landpolitik müssen gestärkt werden.
- Wenn Flüchtlinge in vermeintlich sichere Länder zurückkehren oder zurückgeführt werden, muss auf die Verfügbarkeit von Land und Zugang zu Ressourcen sowohl für die Rückkehrenden als auch für die ansässige Bevölkerung geachtet werden, um nicht erneut zu Konflikten beizutragen.

Im Zusammenhang einer friedenslogischen Flüchtlingspolitik müssen Landgrabbing verhindert und Konfliktursachen angegangen werden.

- Das politische Handeln Deutschlands muss einer „Friedenslogik“ anstatt einer „Sicherheitslogik“ folgen. Das heißt, dass ganz im Sinn der neuen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), sowohl alle nach innen als auch

nach außen gerichteten politischen Handlungsfelder auf eine gewalt- und krisenpräventive, friedensfördernde Politik durch Deutschland hin ausgerichtet werden müssen. Landfläche verbrauchende und Land als Spekulationsware befördernde Handlungsweisen und Politikansätze sind dabei in den Blick zu nehmen und zu verändern.

Zum Weiterlesen

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst (2015): Getting prepared for the Voluntary Guidelines on Land? Facts 45. www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Aktuell/Aktuell45-Getting_prepared.pdf

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst (2014): Land Acquisitions and Their Impacts on Peace, Security and Stability. Analysis 43. www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/Analysis_43_en.pdf

Bekämpfung von Fluchtursachen durch Brot für die Welt

Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist eine langfristige Aufgabe. Sie ersetzt nicht unsere Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen, die nach Europa kommen.

Fluchtursachen sind vielfältig, häufig beruhen sie auf fehlender Rechtsstaatlichkeit und der systematischen Verletzung der universell anerkannten Menschenrechte, sowohl der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen als auch der bürgerlichen und politischen. Darüber hinaus können unfaire Handelsbeziehungen sowie unternehmerisches Handeln unter Inkaufnahme von Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise durch Landgrabbing, zu Fluchtursachen werden. Ein weiterer Grund für die Flucht von Menschen ist die Zunahme von gewaltsam ausgetragenen Konflikten.

Brot für die Welt unterstützt Menschen in ihren Herkunftsländern, die sich für rechtsstaatliche, die Menschenrechte achtenden Strukturen einsetzen und auch auf globaler Ebene gegenüber ihren Regierungen eine Rechenschaftspflicht einfordern. Außerdem fordert Brot für die Welt auch in der Agrar-, der Handels- und Wirtschafts- und der Klimapolitik ein kohärentes Vorgehen, um zu verhindern, dass Menschen unfreiwillig ihr Land verlassen müssen. Gleichzeitig setzt sich Brot für die Welt für eine Friedenspolitik ein, die auf Prävention setzt.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Foto Florian Kopp **Autoren** Andreas Dieterich, Wolfgang Heinrich, Caroline Kruckow, Bernhard Walter

Redaktion Maike Lukow, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Thomas Sandner, Andreas Wagner
Berlin, Juni 2016